

270 der Beilagen. — Konstituierende Nationalversammlung.

Antrag

des

Abgeordneten Thanner und Genossen,

betreffend

**ehefte Inangriffnahme der Bahnhofreparaturen und notwendige Neubauten
auf den Lokalbahnstrecken als Notstandsbauten.**

Endlich hat sich das Staatsamt für Verkehr aufgerafft und die Vornahme von Adaptierungsarbeiten auf den Bahnhöfen der Hauptstrecken verfügt. So dürfen wir hoffen, daß in kurzer Zeit diese Gebäude wieder einen halbwegs anständigen Anblick gewähren. Aber auf die Zustände bei den Lokalbahnen hat es scheinbar ganz vergessen, denn sonst könnte es sich niemand erklären, daß dort die Baulichkeiten, die sowieso meist nur elende Baracken sind, noch ganz verfallen müssen, oder daß in Stationen von Orten, die infolge des Entstehens großer industrieller Unternehmungen während des Krieges eine starke Bevölkerungszunahme und daher einen bedeutend gesteigerten Personen- und Frachtenverkehr aufweisen, noch immer winzig kleine Häuschen, oft nur Bretterbuden, als Bahnhöfe in Benutzung stehen, denen meist jede Anlage zur Bewältigung auch nur eines mäßigen Güterverkehrs fehlt. Es ist wirklich ein Hohn und Spott für Deutschösterreich, daß solcher Schlendrian ruhig weiter fortbesteht. Die Tschechen haben es in der Hinsicht gleich ganz anders verstanden, ihrer Bevölkerung auch äußerlich zu zeigen, daß jetzt ein neuer Geist in ihrem Staatswesen herrscht. Sofort wurden auf allen Bahnhöfen, auch auf den kleinsten Lokalbahnstrecken, für die größte Reinlichkeit und Ordnung Sorge getragen, von den Ausbesserungen und Neueinstellungen, von rollendem Material ganz zu schweigen. Bei uns ist in dieser Hinsicht bis jetzt noch nichts geschehen, da läßt man lieber Tausende von Arbeitern wider ihren Willen als beschäftigungslos dem Staate zur Last fallen, statt mit dem Geld für Arbeit zu sorgen, obwohl solche übergenug vorhanden ist.

Daher stellen die Unterzeichneten den Antrag:

Die Nationalversammlung wolle beschließen:

„1. Das Staatsamt für Verkehr wird beauftragt, auf allen Lokalbahnstrecken sogleich mit der Instandsetzung der Bahnhofbaulichkeiten und der Errichtung der notwendig gewordenen Neubauten, beziehungsweise der Vornahme von Bahnhofvergrößerungen als Notstandsbauten zu beginnen.

2. Das Staatsamt für Finanzen wird ermächtigt, für diese Zwecke einen Betrag von vorläufig 20 Millionen Kronen sofort flüssig zu machen und noch in das diesjährige Budget einen entsprechend höheren Betrag als Ausgabe für solche Notstandsbauten einzustellen.“

In formaler Hinsicht wird beantragt, den Antrag dem Ausschuß für Verkehrswesen zuzuweisen.

Wien, 31. Mai 1919.

J. Mayr.
Dengg Moiss.
Stocker.

Dr. Schürff.
Bedra.
Birchbauer.
Dr. Wutte.

Dr. Urfin.
Dr. Straßner.
M. Pauly.
Altenbacher.

Thanner.
Schöchtner.
Josef Krögl.
Wimmer.